

Betreff: [attac-rat] Info zu W2S
Datum: Tue, 7 Feb 2017 20:31:22 +0100
Von: Hermann Mahler via attac-rat <attac-rat@listen.attac.de>
Antwort an: Hermann Mahler <hermann.mahler@googlemail.com>
An: attac-rat@listen.attac.de

Lieber Rat,

wie bereits mitgeteilt, kann ich am 11.2. aus beruflichen Gründen nicht an der Ratssitzung teilnehmen und deshalb auch nicht zum TOP W2S berichten. Mit dem folgenden Auszug aus dem Protokoll unseres Arbeitstreffens am 14.1. in Göttingen, erhaltet ihr eine Grundinformation über die Planungen zu den Aktionstagen vom 18. - 23. März. Weiter unten findet ihr den aktuellen Aufruf von W2S zu Demos am 11.2 vor den Landtagen der Republik (also während eurer Sitzung), gegen die Abschiebungen nach Afghanistan. Dazu könnt ihr vermutlich ab morgen konkretere Infos auf der Webseite von W2S unter <http://welcome2stay.org/de> finden. Dort könnt ihr euch insgesamt umfassender informieren und die wichtigsten Texte auch in verschiedenen, für Geflüchtete relevanten Sprachen finden.

Ich wünsche euch eine gute Sitzung.

Viele Grüße.

Hermann

--

Hermann Mahler
Heinrich-Kerlen-Strasse 11
47199 Duisburg
+49(0)28418362

Hier der Auszug aus dem Protokoll vom 14.1.:

*Liebe Welcome2Stay-Freund*innen,*

vielleicht habt ihr es mitbekommen: Wir haben uns letzten Samstag, also am 14.1., in Göttingen getroffen um die Aktionstage vom 18. – 23. März zu planen. Es gab viele Diskussionen, Plena, AGen und Unter-AGen, aber vor allem gab es am Ende einen Beschluss! Außerdem hat sich ein bundesweites Netzwerk gegen Abschiebungen nach Afghanistan versammelt. Die wichtigsten Facts findet ihr hier.

Aktionsplan: *Wir haben uns geeinigt, am 18. März gemeinsam um 12 Uhr die Aktionstage zu beginnen. Da die Aktionstage den Fokus Bleiberecht haben, wollen wir die Orte sichtbar machen an denen abgeschoben wird oder über Abschiebungen entschieden wird, an denen also das Recht zu Bleiben gebrochen wird. Das kann heißen, den neu geplanten Abschiebeknast zu besetzen oder lautstark einen Flughafen von dem aus abgeschoben wird in Beschlag zu nehmen. In den folgenden Tagen könnt ihr eurer Phantasie freien Lauf lassen, wie ihr eure lokalen Kämpfe auf die Straße bringen wollt. Unsere Ideen reichen von Visualisierung von Grenzen durch Kartons in der Innenstadt, über Verräumlichung von Sanctuary City Areas, zu Märkten der Möglichkeiten mit Infoständen, und Go-Ins in für Abschiebungen verantwortliche lokale Behörden mit Trillerpfeifen.*

*All diese Aktionen sollten bestenfalls gefilmt werden und per Livestream an einen zentralen Ort geschickt werden. Dort soll es eine „TV Show“ geben, wo die Videos gezeigt werden und von unserem gemeinsamen Presseteam bestehend aus Refugees und Supporter*innen in den Kontext der Flucht eingebettet und mit politischen Inhalten gefüllt werden. Dieser Ort soll Berlin sein, da dies der Ort ist, an dem die Politik des europäischen Grenzregimes maßgeblich mit entwickelt und vorangetrieben wird.*

Hier der Aufruf zum 11.2.:

Aufruf von Welcome2Stay gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Am 11. Februar 2017 auf die Straße gegen Abschiebungen nach Afghanistan!

Am 11. Februar 2017 werden bundesweit an (fast) allen Landeshauptstädten und an vielen weiteren Orten Demonstrationen gegen die laufenden Abschiebungen nach Afghanistan stattfinden.

Damit führen vor allem Geflüchtete aus Afghanistan aus gutem Grund den Kampf gegen Abschiebungen in Deutschland weiter.

Welcome2Stay trägt diese Initiative mit und ruft bundesweit dazu auf, die Kämpfe der afghanischen Geflüchteten zu unterstützen!

*Am 14.12.2016 flog der erste Sammelcharter aus Deutschland ab, um Menschen nach Afghanistan abzuschicken, am 23. Januar der zweite. Jeden Monat sollen weitere Sammelcharter aus Deutschland Menschen nach Afghanistan abschieben. Wir werden gemeinsam vor die Landtage ziehen, um gemeinsam auf dieses Unrecht aufmerksam zu machen. **Keine Abschiebungen nach Afghanistan! Keine Abschiebungen in den Krieg! Keine Abschiebungen in den Tod!** (Afghan Refugees Movement/ Rhein-Main)*

‘Welcome2stay’ schließt sich zudem der Einschätzung des Niedersächsischen Flüchtlingsrats an: Diese unmenschliche Abschiebungspolitik soll offenbar die Handlungsfähigkeit des Staates demonstrieren. Sie ist als Signal an das autoritäre Lager der Rassist_innen zu verstehen.

Durch die Abschiebung von sogenannten Straftätern und allein reisenden Männern sollen die Abschiebungen aller Geflüchteten aus Afghanistan vorbereitet werden. Wir rufen zu Protest und Widerstand gegen diese Politik auf! Und auch wenn wir unsere Forderung nach dem uneingeschränkten Recht zu bleiben unterstreichen, so häufen sich gerade jüngst die Berichte, die um ein weiteres Mal bekräftigen, dass insbesondere Afghanistan als Kriegs- und Krisenregion kein Ziel von Abschiebungen sein kann.

Mit unserem Appell für die Unterstützung der Geflüchteten setzen wir auch ein Zeichen gegen die „Internationale der Vaterländer“ und für eine solidarische Gesellschaft:

Gleiche soziale Rechte für alle! Für das Recht zu kommen, zu gehen und zu bleiben!

P.s.: Die Proteste gegen die beiden Abschiebeflüge nach Afghanistan am Frankfurter Flughafen am 14.12.16 und 23.01.17 waren bereits eindrucksvoll. Doch sie reichten nicht, um unsere Wut und Empörung über diese Maßnahmen auszudrücken. Wir schlagen deshalb vor, den nächsten Abschiebeflug bundesweit für dezentrale Aktionen zu nutzen!